



**Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Nachbarschaftsausschusses der Stadt Mainz und des Landkreises  
Mainz-Bingen**

**am 18.04.2018, 16:00 Uhr**

**im Rathaus der Landeshauptstadt Mainz (Valencia-Zimmer)**

## Anwesend

### Vorsitz:

Ebling Michael, Oberbürgermeister, Vorsitz  
Dorothea Schäfer, Landrätin, Stellv. Vorsitz

### Mitglieder:

Dr. Marco Becker, KrTM  
Markus Bettingen, KrTM (in Vertretung für Andreas Weil)  
Matthias Gill, Ortsvorsteher  
Ute Granold, Ortsbürgermeisterin, KrTM  
Michael Hartmann, KrTM  
Dr. Brian Huck, Ortsvorsteher, STRM  
Heinrich Jung, KrTM (in Vertretung für Pia Schellhammer MdL, KrTM)  
Erwin Malkmus, KrTM  
Anette Odenweller, STRM  
Dr. Christine Pohl, StRM (in Vertretung für Dr. Eleonore Lossen-Geissler, Ortsvorsteherin, StRM)  
Hansgeorg Schönig, StRM (in Vertretung für Ursula Groden-Kranich, MdB, StRM)  
Ralph Spiegler, Bürgermeister, KrTM

### Beigeordnete:

Katrin Eder, Beigeordnete  
Hartmann-Graham Ursula, Kreisbeigeordnete  
Burkhard Müller, Kreisbeigeordneter  
Steffen Wolf, Erster Kreisbeigeordneter

### Entschuldigt:

Beck Günter, Bürgermeister  
Grosse Marianne, Beigeordnete  
Sitte Christopher, Beigeordneter  
Dr. Eckhardt Lensch, Beigeordneter

### Verwaltung:

Dr. Stephan Kerbeck, Leitung Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen  
Manuela Klein, Abteilungsleitung Stadtplanungsamt, Abt. Verkehr  
Barbara Krause, Leitung Kreisdienste  
Stefanie Reisch, Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen  
Hans Schiller, Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen, Geschäftsführung Ausschuss

### Gäste

Bernhard Knoop, Landesbetrieb Mobilität, Worms

---

Herr Oberbürgermeister Ebling eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

### **TOP 1: Verkehrsinfrastruktur in Rheinhessen**

**hier: Durchführung einer Regionalkonferenz sowie Beauftragung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe zur Erstellung eines regionalen Verkehrskonzeptes (Anlage: Schreiben an die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe)**

Herr Oberbürgermeister Ebling beschreibt die Aufgabenstellung, die von den vier beteiligten Gebietskörperschaften mit einem Schreiben an die Planungsgemeinschaft übergeben wurde. Es soll die Frage geklärt werden, wie wir uns zukünftig wohin bewegen (wollen) und welche Implikationen dies für die Region und die verschiedenen Verkehrsträger hat.

Zur fachlichen Beantwortung dieser umfassenden Fragestellung wird die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe um die Erstellung eines regionalen Verkehrskonzeptes gebeten. Die Planungsgemeinschaft ist die legitimierte Institution für die Regionalplanung und regionale Planungsaufgaben einschließlich der Verkehrsplanung. Sie verfolge keine Eigeninteressen, sondern habe als übergeordnete Einrichtung die Aufgabe des Interessenausgleichs in der Region. Die Planungsgemeinschaft könne und müsse sich bei dieser Aufgabe Dritter bedienen. Die vier Gebietskörperschaften sollen zur gegebenen Zeit über ihre Haushalte entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stellen. Bereits in den 1990er Jahren habe die Planungsgemeinschaft z.B. ein regionales ÖPNV-Konzept erstellt.

Frau Landrätin Schäfer führt aus, dass sie - neu im Amt - die Zusammenarbeit in Rheinhessen mit neuen Ansätzen in den Blick nehmen will. Insbesondere das Thema verlange eine weitflächige Betrachtung und gemeinsame konsensuale Lösungen. So möchte sie auch die verschiedenen Planungsansätze in den Gemeinden, Städten und Kreisen zusammenführen. Nicht jede Gebietskörperschaft müsse ihre eigene Studie beauftragen, gleichwohl können in der Planungsgemeinschaft die Wünsche der Gemeinden berücksichtigt werden. Es gäbe einen Beschluss des Kreistages für ein integriertes Verkehrsentwicklungskonzept; das Gleiche gelte für die VG Nieder-Olm. Herr Spiegler begrüßt den räumlichen und inhaltlichen Ansatz und schlägt vor, den Landkreis Bad Kreuznach in das Verkehrskonzept einzubeziehen. Dies wird allgemein begrüßt.

Herr Malkmus bittet bei der Mittelbereitstellung und Beauftragung die knappe Personalkapazität der Planungsgemeinschaft zu berücksichtigen.

Herr Dr. Huck begrüßt den übergreifenden Planungsansatz aufgrund der Bevölkerungs- und Verkehrszunahme.

Herr Ebling erinnert abschließend an den schlechten Zustand der Verkehrsinfrastruktur auch bei der Bahn und an die Einbeziehung der diesbezüglichen Verkehrsträger.

Die beabsichtigte Verfahrensweise wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

### **TOP 2: Verkehrsverbesserungen auf der Rheinhessenstraße - Planungsstand zum punktuellen Ausbau der L 425**

**Vortrag: Bernhard Knoop, Leiter des Landesbetriebs Mobilität Worms**

Herr Knoop, Landesbetrieb Mobilität (LBM), Worms, erläutert anhand von Vortragsfolien die aktuell beabsichtigten Bauvorhaben auf der Rheinhessenstraße (L 425) zwischen Abzweig Mainz-Ebersheim und Mainz-Hechtsheim und die Verkehrsprognosen für diesen Straßenabschnitt (siehe Anlage).



Für die Woche vom 13. Juli 2018 bis 20. Juli 2018 sei die komplette Erneuerung der Asphaltdecke zwischen dem Abzweig Ebersheim und der Ludwig-Erhard-Straße geplant. Diese Sanierung müssen aus Gründen der Arbeitssicherheit, des Straßenquerschnittes und der Arbeitseffizienz unter Vollsperrung vorgenommen werden. Sie ist notwendig, da die Verkehrssicherheit im heutigen Zustand nicht mehr gewährleistet werden kann. Umleitungsstrecken würden ausgeschildert werden. Die Kosten beliefen sich auf 600.000 €.

Davon unabhängig sei der LBM nun beauftragt, die Knotenpunkte Abzweig Ebersheim und Wirtschaftspark Mainz-Süd auf vier Spuren aufzuweiten, um an diesen Stellen den Verkehrsfluss sicherzustellen. Hierzu zeigte er Planzeichnungen.

Darüber hinaus habe der LBM keinen Planungsauftrag. Grundsätzlich würden die Verkehrsprognosen einen starken Verkehrszuwachs auf der Rheinhessenstraße errechnen, der v.a. auf den Abschnitt Mainz-Ebersheim bis Autobahnbahnauffahrt Hechtsheim-West entfalle. Wesentlicher Verursacher sei das angenommene Betriebs- und Beschäftigungswachstum des Wirtschaftsparks Süd. Dabei spiele der Schwerverkehr (> 3,5 t) nur eine stark untergeordnete Rolle.

Straßenplanerisch sei ein schrittweiser Ausbau der Rheinhessenstraße bis zur vollständigen Drei- bzw. Vierstreifigkeit denkbar. Lt. Prognose würden bis zum Jahr 2030 21.000 Fahrzeuge in 24 Std. erwartet. Verkehrsbelastung von mehr als 18.000 Fahrzeugen könnten nur von vierspurigen Straßen reibungslos bewältigt werden. Mit einem Ausbau würde allerdings auch die Verkehrsmenge durch reine Verlagerung ohne Neuverkehre zunehmen.

Er verweist im Übrigen auf die Gespräche der Gebietskörperschaften mit dem Verkehrsministerium und auf den Mobilitätskonsens 2021 der Landesregierung. Hier sei auch eine Ortsumgehung für Harxheim in der Diskussion.

Herr Oberbürgermeister Ebling bedankt sich für die Ausführungen. Frau Landrätin Schäfer führt aus, dass auch für den Landkreis ein Ausbaumix wichtig ist, der alle Verkehrsarten berücksichtigt. Der ÖPNV bedürfe dringend einer Verstärkung, so dass auch über eine Straßenbahn nach Ebersheim und darüber hinaus nachgedacht werden müsse. Auch der Linienbus müsse zukünftig schneller sein als der Individualverkehr. Sie anerkennt die eigenen Planungsvorstellungen der Stadt Mainz, weist aber auf den Handlungsdruck und eine Kompromissuche hin.

Frau Beigeordnete Eder informiert, dass das Mobilitätskonzept des Verkehrsministeriums noch nicht so ganz stimmig auf den beiderseitigen Wunsch der ÖPNV-Verstärkung ausgerichtet sei. Die verschiedenen Konzepte bedürften der Zusammenführung.

Auf Rückfrage von Herrn Schönig erläutert Herr Knoop, dass der LBM keinen Auftrag für einen durchgängigen vierstreifigen Ausbau hat. Die Dimension solch einer Maßnahme sei auch sehr groß. Finanziell und technisch sei ein schrittweiser Ausbau auf eine Mehrspurigkeit leichter zu bewältigen. Herr Schönig gibt das Wachstum der Anliegergemeinden und die vermehrten Kosten zu bedenken. Außerdem müssten die volkswirtschaftlichen Verluste mitgedacht werden. Die uneingeschränkte Mobilität müsste gewährleistet bleiben. Auch für einen verbesserten ÖPNV sei Fläche notwendig.

Herr Gill plädiert für einen Ausbau des ÖPNV, um die Ortskerne vom MIV zu entlasten und dadurch die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Herr Dr. Huck weist darauf hin, dass die prognostizierte Verkehrszunahme aus Mainz-Ebersheim lediglich 6% betrage, während die anderen Gemeinden bis zu 20% zum Verkehrswachstum beitragen würden. Er sehe die Flächeninanspruchnahme sehr kritisch und rät, alles zu tun, damit der Prognosefall nicht eintritt. Es müssten Alternativen zum Individualverkehr angeboten werden.



Herr Knoop gibt nochmals zu Bedenken, dass der LBM nur über Verkehrszählungen nicht über Befragungen zu Quell-Ziel-Fahrten verfüge.

Herr Bettingen unterstreicht die Notwendigkeit eines vierspurigen Ausbaus, möchte aber zwei Fahrspuren für den ÖPNV und Sonderverkehre gesichert wissen. Jedoch sei der ÖPNV keine Allheilmittel für die Mobilitätsanforderungen im Landkreis.

Herr Spiegler will das Regionale Verkehrskonzept und die Rheinhessenstraße zusammen betrachtet sehen. Herr Malkmus sieht in dem Vortrag von Herrn Knoop einen Hilferuf für einen Planungsauftrag. Auch sei die Entlastungsfunktion für die A 63 mitzudenken.

Frau Granold kritisiert, dass seit der letzten Sitzung des Nachbarschaftsausschusses 2015 nichts passiert sei. Sie wünscht sich eine rasche Beschleunigung von Planung und Umsetzung. Ansonsten sähe sie die Lebensqualität in den Gemeinden ernsthaft gefährdet.

Für den Ersten Kreisbeigeordneten, Herrn Wolf, zeigt die Diskussion, dass alle das gleiche Ziel haben. Er sieht ein klares Votum in Richtung Landesregierung und wünscht sich, dass nicht weitere drei Jahre mit Studien verbracht werden.

Herr Oberbürgermeister Ebling beschließt die Diskussion. Das Problem sei erkannt. Die regionalen Verkehrsachsen seien überlastet. Die Rheinhessenstraße würde nicht die alleinige Lösung bieten. Sowohl in Bezug auf den ÖPNV als auf den IV seien Maßnahmen anzustoßen, die über die nächsten 5 Jahre hinaus wirkten. Es wird ein Gespräch zwischen den Gebietskörperschaften und dem Land geben, über das im Anschluss berichtet würde.

### **TOP 3: Radwegenetz, insbes. Übergänge in die Nachbarkommune**

Herr Wolf berichtet, dass der Landkreis ein Allradradwegekonzept beschlossen und Förderrichtlinien erlassen habe. Ziel sei der Ausbau des Radwegenetzes. Er wünsche sich eine abgestimmte Vernetzung mit den Mainzer Radwegen und regt eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Radfahrbeauftragten der Stadt Mainz an. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

### **TOP 4: Wohnungsbau, insbes. öffentlich geförderter Wohnungsbau (Anlage: Konzept Wohnen in Mainz)**

Mit der vorgelegten Broschüre zum Konzept Wohnen in Mainz, möchte Herr Oberbürgermeister Ebling über die Leitlinien der Wohnungspolitik in Mainz informieren. Die Erhöhung des Grundangebotes an Wohnraum sowie des Anteils geförderten Wohnungsbaus sei dringend geboten. Er regt regelmäßige Treffen auch zu diesem Thema an. Frau Landrätin Schäfer betont die Notwendigkeit zur Wohnraumschaffung aufgrund des vorhandenen Siedlungs- und Preisdrucks. Auch im Landkreis Mainz-Bingen sei preiswerter Wohnraum kaum noch zu finden. Der Bauwillen der Gemeinden sei vorhanden. Der Bedarf sei insbesondere im preisgünstigen Segment für Ältere und Familien gegeben, nähere Erkenntnisse soll eine in Auftrag zu gebende Studie bringen. Die Nutzung von Wohnungsbauprogrammen müsste verstärkt werden.

Herr Spiegler sieht rechtliche Probleme bei der aktiven Wohnraumgestaltung, da die Gemeinden im Landkreis keine Wohnungsbaugesellschaften hätten. Auch in Nieder-Olm sei Wohnen zu teuer geworden, und es gäbe zu wenig, aber erforderlichen Geschosswohnungsbau.

Herr Oberbürgermeister Ebling geht von einer noch stärkeren Magnetfunktion und sich angleichenden Siedlungsstrukturen durch Suburbanisierungstendenzen aus. Er verweist auf die Mainzer Verpflichtung für Bauherren, in ihren Vorhaben 25 % geförderten Wohnraum zu schaffen. Er bittet

den Landkreis und die Landkreisgemeinden ebenfalls im geförderten Wohnungsbau tätig zu werden.

#### **TOP 5: Einzelhandel**

Frau Landrätin Schäfer erläutert, dass es zur Zeit keine Konflikte zwischen der Stadt und den Landkreisgemeinden gibt, gleichwohl der Wunsch der Landkreisgemeinden besteht, Lebensmittelmärkte ohne Einspruch durch die Stadt Mainz zuzulassen und schlägt eine frühzeitige Kommunikation vor. Herr Oberbürgermeister Ebling sagt dies zu. Er verweist darauf, dass die gegensätzlichen Interessen zwischen Stadt und Landkreisgemeinden bestehen bleiben werden, der Klageweg gleichwohl immer die ultima-ratio sein wird.

#### **TOP 6: Standort Gesundheitsamt**

Herr Kreisbeigeordneter Burkhard erläutert, dass für das Gesundheitsamt Mainz ein neuer Standort erforderlich sei, weil das alte Gebäude nicht mehr nutzbar sei. Der Landkreis möchte die Einrichtung in Mainz belassen und prüft zur Zeit zwei der Standortvorschläge der Stadt Mainz näher.

#### **TOP 7: Verschiedenes**

Frau Granold fragt, ob die Stadt Mainz bei den Genehmigungen für Windkraftanlagen die von diesen ausgehende Infraschallemissionen berücksichtigen würde. Nach jüngsten medizinischen Erkenntnissen sei wegen dieser Immissionen ein Mindestabstand von 5 km zum Siedlungsrand erforderlich und bittet um die Wahrnehmung der Verantwortung. Herr Oberbürgermeister Ebling sagt zu, dass das Fachdezernat der Stadt Mainz dieser Frage nachgehen wird.

Oberbürgermeister Ebling schließt die Sitzung um 17:30 Uhr und schlägt vor, je nach Untersuchungs- und Diskussionsfortschritt bei den einzelnen Tagesordnungspunkten ggf. noch eine Sitzung in diesem Jahr anzuberaumen.

Mainz, 5. Mai 2018

.....  
**Vorsitz**  
Michael Ebling  
Oberbürgermeister

Mainz, 3. Mai 2018

.....  
**Schriftführung**  
Hans Schiller  
Stadtverwaltung Mainz  
Amt für Stadtentwicklung,  
Statistik und Wahlen